

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die Rolle Gorbatschows am Beispiel der Aufgabe der DDR

Von Falk Picklaps

(Kurzfassung)

Der Ost-West-Konflikt hatte die Weltpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg in ihren grundlegenden Strukturen bestimmt. Die beiden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Lager, die sich um die Hegemonialmächte USA und Sowjetunion gebildet hatten, versuchten wie Magneten alle Kraftlinien auf sich auszurichten: Die Folge war eine dualistische Struktur des internationalen Systems.

Grundlegend waren die Positionsdifferenzen über die lebenswerte wünschbare politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung. Dem Konzept der monopolistischen Diktatur einer Partei stand die pluralistische Demokratie gegenüber. Auf der Ebene ökonomischer Organisation lag das Konzept einer hochzentralisierten Planwirtschaft im Widerstreit mit dem Konzept der dezentral organisierten Marktwirtschaft.

Beide politischen Anschauungen wurden mit universellem Anspruch formuliert, wodurch die Systemauseinandersetzung einen weltweiten Bezug bekam: Sie wurde in der internationalen Politik zur dominanten Konfliktkonstellation. Der Ost-West-Konflikt enthielt die Drohung eines total zerstörerischen Dritten Weltkrieges und gründete sich über vierzig Jahre lang auf permanenter Kriegsbereitschaft und nuklearer Abschreckung.

Anfang der achtziger Jahre wurde immer deutlicher, daß die Sowjetunion mit der Rolle der Weltmacht völlig überfordert war. Die Sowjetunion stand am Rande einer totalen ökonomischen Krise. Ein Grund dafür war die riesige Belastung durch den Rüstungssektor. Durch die systembedingte Strukturschwäche der sowjetischen Wirtschaft konnte die enorme Belastung nicht aufgefangen werden. Auch innenpolitisch war die SU schwer angeschlagen: Das sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftssystem, das auf seiner „wissenschaftlichen Weltanschauung“ des Marxismus-Leninismus und der Einparteienherrschaft beruhte, hatte riesige Legitimationsprobleme. Der Ausschließlichkeitsanspruch der kommunistischen Weltanschauung konnte seiner nie gerecht werden. Aber alles in der Sowjetunion geschah unter Berufung auf und im Glauben an den Marxismus-Leninismus. Die kommunistische Führung stellte sich der Auseinanderentwicklung von Theorie und Wirklichkeit entgegen, indem sie die ideologischen Aussagen manipulierte („Weiterentwicklung der Theorie“) und unliebsame Tatbestände totschwieg. Die für die Legitimität der sozialistischen Führung wichtigen Behauptungen, daß die Partei regiere, weil sie das Vermächnis der kommunistischen Revolution übernommen habe, daß sie die rationellste und wirksamste Kraft im Staate sei und daß sie die besten und fortschrittlichen Elemente der nationalen Tradition verkörpere, waren eine einzige Farce. Dies hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die öffentliche Moral. Der propagierte Verzicht auf das kleine private Glück, auf Wohlstand und Selbständigkeit zugunsten eines großen Glücks hatte jede Glaubwürdigkeit verloren. Die Krise der öffentlichen Moral erreichte in den achtziger Jahren ihren Höhepunkt: Sinkende Arbeitsmoral, Verantwortungsscheu, „Entwendung öffentlichen Eigentums“, Korruption und Vetternwirtschaft waren die Folge.

All dies waren Sachverhalte, denen Gorbatschow 1985 gegenüberstand. Es mußten Neuansätze in der sowjetischen Politik geschaffen werden. Eine innere Reform war ohne ein Umdenken in der Außenpolitik nicht möglich. Der Kassensturz nach Gorbatschows Amtsantritt zeigte, daß sich das Land in der internationalen Politik hoffnungslos übernommen hatte. Eine nüchterne Kosten-Nutzen-Analyse belegte, daß der imperialen Führungsstil der Sowjetunion wesentlich mehr kostete als er einbrachte. Die Beziehungen zu den osteuropäischen Bündnispartnern wurden nun unter dem Prisma ihres Nutzens für den innersowjetischen Modernisierungsprozeß gesehen. Die Auflösung des ostmitteleuropäischen Hegemonialbereiches hatte Gorbatschow jedoch nicht beabsichtigt. Es waren die inneren Veränderungen - ausgelöst durch die Druckminderung Moskaus - die Gorbatschow zwangen, den Bündnispartnern immer mehr Zugeständnisse zu machen. Im Zuge der Aufgabe des imperialen Führungsanspruchs und der sich kritisch verändernden Situation in der DDR wurde nun auch über die Vereinigung Deutschlands nachgedacht. Aus sowjetischer Sicht bestand sogar die Gefahr, daß die innere Schwäche der UdSSR und der rasche Fall der DDR dazu führen konnten, das künftige Deutschland bedingungslos der westlichen Hemisphäre überlassen zu müssen. Man mußte handeln, wollte man aus den Rechten, welche die UdSSR in Bezug auf Deutschland noch besaß, so viele Vorteile wie möglich ziehen. Letztendlich war die Sowjetführung sogar bereit, einer NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinten Deutschlands zuzustimmen. Deutschland mit verminderter Rüstung und die gesamte NATO in enger Kooperation erschien offenbar weniger gefährlich für die Sicherheit der UdSSR, als etwa ein neutrales Deutschland.